

Danziger Zeitung.

Nr. 15715.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelerstrasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insolite Kosten für die Petitionen.

1886.

Politische Uebersicht.

Danzig, 25. Februar.

Die Fortbildungsschulvorlage für Westpreußen und Posen.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen, der gestern dem Landtage zugegangen und dem Hauptinhalt nach schon telegraphisch mitgetheilt ist, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Zur Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen werden dem Minister für Handel und Gewerbe aus Staatsmitteln jährlich 200 000 M. zur Verfügung gestellt.

§ 2. Der Minister für Handel und Gewerbe ist ermächtigt, den Arbeitern unter 18 Jahren (Gewerbeordnung S 120) an denjenigen Orten jener Provinzen, in welchen eine Fortbildungsschule errichtet worden ist, die Verpflichtung zum Besuch derselben aufzuerlegen.

§ 3. Die auf Grund dieses Gesetzes zu leistenden Ausgaben sind vom 1. April 1887 ab in den Staatshaushaltsetat aufzunehmen.

Beglaubigt: Der Minister f. Handel u. Gewerbe. Der Finanzminister. Fürst v. Bismarck. v. Scholz

Die Begründung lautet:

Unter den Maßregeln, welche der zunehmenden Ausbreitung des polnischen Elementes im Osten des Landes Einhalt zu thun und den Bestand sowie die Entwicklung der deutschen Bevölkerung sicher zu stellen vermögen, ist die Förderung des deutschen Schulunterrichts von entscheidender Bedeutung. Für die Arbeitervölkerung aber, deren Kinder hauptsächlich auf die Volksschulen angewiesen sind, wird durch dasselbe, was der Staat zur Leitung der letzteren anzuordnen vermaut, ein ausreichender Schutz gegen die Einspiierung polnischen Wesens noch nicht gewonnen. Es ist häufig beobachtet worden, daß selbst die in den deutschen Schulen dieser Anstalten gepflegten Grundlagen deutscher Sprache und Gestaltung sehr bald nach dem Austritt aus der Schule durch den Einfluss polnischer Umgebungen völlig unterdrückt werden. Die Volksschule steht dieser Thatsache machtlos gegenüber, weil ihre Wirksamkeit mit dem 14. Lebensjahr der Schüler endet. Deshalb ist es von Wichtigkeit, daß die Fortbildungsschule nach Möglichkeit Boden gewinnt, um namentlich bei den deutschen jugendlichen Arbeitern, bis diese völlig erwachsen sind, die in der Volksschule in ihnen entwickelten Elemente deutscher Bildung weiter zu pflegen und vor der Vernichtung zu bewahren. Bisher ist die Errichtung solcher Schulen der Initiative der Gemeinden überlassen geblieben, während sich der Staat auf die Bewilligung von Zuflüssen für einen Theil derselben beschränkt hat. In Folge dessen sind in Westpreußen und Posen nur an sehr wenigen Orten Fortbildungsschulen entstanden. Was hier jetzt nachgeholt werden muß, ist von solcher Bedeutung, daß die Erfüllung dieser Aufgabe von den Gemeinden in Landesteilen mit gemischter Bevölkerung nicht zu erwarten ist; soll sie mit Erfolg gelöst werden, so ist dies nur dadurch zu erreichen, daß der Staat die Errichtung und Verwaltung der Fortbildungsschulen übernimmt und die dazu erforderliche Geldmittel hergibt.

zu § 1. Es wird beachtigt, in den Provinzen Westpreußen und Posen an etwa 115 Orten von mehr als 2000 Einwohnern und noch in einer Reihe kleinerer Gemeinden mit Gewerbebetrieb Fortbildungsschulen in's Leben zu rufen. Da die Kosten jeder solcher Anstalt jährlich mindestens 1200 M., nicht selten aber noch bis zur Hälfte mehr betragen, so ergibt sich ein Gesamtbedarf von jährlich rund 200 000 M., welche Summe daher in § 1 des Gesetzes für den in Rüde stehenden Zweck restlosmäßig dem Minister für Handel und Gewerbe zur Verfügung gestellt wird.

zu § 2. Durch die Bestimmung in Absatz 2 des § 120 der Gewerbeordnung, daraufzog die Gewerbeunternehmer ihren Arbeitern unter 18 Jahren die Zeit zum Besuch einer Fortbildungsschule zu gewähren haben, ist bereits eins der Hindernisse, welche die Wirksamkeit solcher Anstalten beeinträchtigen können, unschädlich gemacht. Ebenso wichtig aber ist es in Gegenenden mit einer Bevölkerung von gemischter Nationalität, daß die jugendlichen Arbeiter regelmäßig zum Besuch der deutschen Fortbildungsschulen verpflichtet und erforderlichenfalls angehalten werden. In dieser Beziehung enthebt die Gewerbeordnung einer direkten Vorschrift, indem sie a. a. V. nur zuläßt, daß die Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule, soweit dieselbe nicht landesgesetzlich besteht, durch Ortsstatut begründet wird. Da nun eine solche landesgesetzliche Bestimmung bis jetzt fehlt, und auf die Einführung der Schulpflicht durch Ortsstatut in Gemeinden von überwiegend polnischer Zusammensetzung nicht zu rechnen ist, so rechtfertigt sich die im § 2 des Gesetzes für den Reformminister vorgesehene Ermächtigung, die Arbeiter unter 18 Jahren an den mit einer Fortbildungsschule

Concert.

Das Programm des vom Danziger Männergesangverein im Schützenhaus veranstalteten Concertes litt gewiß nicht an Dürftigkeit; bei der drittthalbjährigen Dauer desselben konnte man im Gegentheil an einen embarras du richesse denken. Es bestätigte sich jener Ausspruch des Dichters: "Wer vieles bringt, wird Manchem etwas bringen." Das Programm sorgte für die verschiedenartigsten Ansprüche und kein Zuhörer wird leer ausgegangen sein. Mit den Chorgesängen des Vereins wechselten Kammermusik und Solovorläufe einer für Danzig noch neuen Sängerin ab. Um zusest den Kernpunkt des Concertes, die Kündgebungen des Vereins selbst ins Auge zu fassen, so darf sich die Kritik zu dem Ausspruch nicht eben zwingen, daß der Männergesang hier sehr bedeutende Fortschritte gemacht hat und daß in dem immer noch im Wachsthum begriffenen Verein ein vortheilhaft, nach dem Besten strebender Geist herrscht. Das vereinigte Stimmmaterial imponirt durch Kraft und Klangfülle, aber auch in den verschiedenen Abstufungen und Modulationen des Klangkörpers, in den Schattirungen des Vortrages, in der Kunst des Anschwelens und Abschwelens der Harmonie, in Erzeugung eines schönen Pianos, nicht weniger in tonlicher Sicherheit und Reinheit, bei dem a capella-Gesange nicht leicht zu erreichen, hat der Danziger Männergesangverein unter Herrn v. Kastellnicht's hingebender Leitung sich zu hoch erfreulichen Leistungen emporgeschwungen. Gleich die erste Abteilung des Concerts, aus sechs Stören bestehend, gab davon unzweideutige Beweise. Der poetisch empfundene, einschmeichelnd melodische "Nachtzauber" von Storch, mit der

ausgestatteten Orten in Posen und Westpreußen zum Besuch dieser Anstalten zu verpflichten.

zu § 3. Die auf Grund dieses Gesetzes zu leistenden dauernden Ausgaben werden so schleinig als möglich derart festgelegt werden, daß sie vom 1. April 1887 ab ordnungsmäßig in den Staatshaushaltsetat aufgenommen werden können. Bis zu diesem Zeitpunkte werden sie aus den bereiteten Staatsmitteln bestreiten und außerordentlich in der Rechnung nachgewiesen werden.

Diese neueste Polenvorlage würde unzweifelhaft

alleseitig Vefall finden, wenn die Sache nicht wieder auf dem Wege des Credits und der allgemeinen Vollmacht ins Werk gesetzt werden sollte. Anträge auf Förderung des Fortbildungsschulwesens durch den Staat sind bekanntlich im Abgeordneten-

haus schon wiederholter berathen und ange-

nommen worden; aber von der Ausführung war bisher nicht die Rede. Die Durchführung der jetzt vorgelegten Maßregel in den beiden Theile polnischen Provinzen bietet ebenso wenig eine Garantie für die spätere Ausdehnung der Maßregel auf die übrigen Provinzen, wie das Colonisationsgesetz eine Garantie dafür bietet, daß die Erziehung großer Güter durch bürgerliche Wirtschaften auch in denjenigen Provinzen erfolgt, in denen der Großgrundbesitz und die Laienlandwirtschaft den Bauernstand in immer größerem Umfang in das Ausland treibt. Wenn übrigens das Abgeordnetenhaus nicht von blinder Polenfurcht befallen ist, wird es verlangen, daß über die Einrichtung von Fortbildungsschulen „von Staatswegen“ und über Art und Umfang der Verpflichtung zum Besuch derselben sowie über die Handhabung des Zwanges ein allgemeines Gesetz für den Umfang des preußischen Staates vorgelegt wird.

Die Berathung über die Schulvorlage.

Die Rede des Ministers von Goßler in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses berechtigt zu der Hoffnung, daß in der Commissionsberathung, welche zweifellos heute beschlossen wird, das Recht des Staates, die Volkschullehrer zu berufen, auf diesen Bezirk beschränkt werden wird, in denen thathaftlich die Ausübung des Berufungsrechtes seitens der Gemeinden oder Gutsherrschafte einem Missbrauche zu Polonisierungszwecken ausgesetzt ist. Bemerkenswerth war in der gestrigen Debatte, daß die conservativen Redner dem Vor- schlag, die Gutsherrschafte in Posen, Westpreußen und Oberschlesien von der Schulunterhaltungspflicht an Stelle ihrer „Unterthanen“ zu entbinden, außerordentlich sympathisch gegenüberstanden und deshalb auch mit beiderdem Wohlwollen den Ausführungen des Abg. Gneist folgten, daß diese Pflicht eine gesetzliche Grundlage überhaupt nicht habe, während sie im Nebrigen die Gneist'sche Rede, was der Redner wiederholt tadelte, vollständig ignorirten. Dagegen legten auch die Conservativen Protest dagegen ein, daß den Gutsherrschafte generell das Recht der Berufung von Volksschullehrern genommen werden soll. Jedenfalls scheint schon jetzt ziemlich sicher, daß die schwer bedrohten ferndeutschen Städte wie Danzig, Elbing u. a. mit ihren gerechten Be schwerden auch von den Freunden der Vorlage werden gehört werden.

Die Agitation der Bimetallisten

kommt nicht zur Ruhe. Nachdem Herr v. Kardorff neulich erklärt hat, mit aller Energie seine Doppelwährungsbestrebungen weiter verfolgen zu wollen, hat Herr v. Mirbach, wie telegraphisch erwähnt ist, gestern im Herrenhause einen freilich verunglimpten Versuch gemacht, diese Frage wieder in den Parlamenten in Flug zu bringen. Gleichzeitig bringt die „Kreuzz.“ ein Schreiben „aus Sachsen“, in welches in herzbrechender Weise über das durch die Goldwährung angeblich angerichtete Malheur geplagt wird. Der Artikel des conservativen Blattes wendet sich sogar höchst energisch gegen den Reichskanzler. Es heißt darin u. A.:

Die erste Stunde hat geschlagen! — Die Geduld wird zur Ungeduld; die Hoffnung wandelt sich in Unwillen und Zorn, und die Zärtlichkeit zu des Kanzlers segensvollen Studien fängt an zu wanken. . .

Wir glauben aber an eine leicht erreichbare und schnelle Hilfe durch Annahme der Doppelwährung mit Frankreich und Amerika im Bunde, die uns bitten, ihre

obligaten Führungen des Basses, sprach bei zartem Wohlklang der Ausführung lebhaft an. Auch die fromme Stimmung in Mohr's "Trost" kam zu entsprechendem Ausdruck. Die "Brautfahrt im Hardanger" von Kjerulf, mit dem improvisirten Refrain, erregte nach einer andern Richtung hin Wohlgefallen. Dem sentimentalien Genre, das manche Componisten für Männerfang mit Vorliebe cultivieren, gehört das Lied von Befinnung an. Dergleichen findet ja immer Freunde, selbst mit abgenutzten Phrasen, aber Referent muß gestehen, daß er für so fühlliche Kost nicht incliniert. Bedeutender und gesunder von Empfindung ist Engelsberg's "Meine Mutter sprach", nur erschien in der Ausführung die Reinheit nicht tadellos, besonders bei dem Eingreifen der Solostimme (Bariton) in den Chor. Uhland's "Graf Oberstein" hat Reinhäuser sehr charakteristisch im gedrunghen Balladenstil componirt. Die wertvolle Composition war tüchtig einfundirt und wurde in recht lebendiger, anregender Weise wiedergegeben.

Ein prächtiges Werk ist der Chorus der Müllerlieder, unter dem Titel: "Des Müllers Lust und Leid" für Männerchor componirt von Carl Böllner. Durch eine verbindende Declamation ist das Ganze in dramatischen Zusammenhang gebracht. Carl Böllner (geboren 1800, gestorben 1860 in Leipzig) hat sich um die Verbreitung des Männergesanges hohe Verdienste erworben, seine gemüthvollen und fernhaften Compositionen sind noch heute unvergessen. Die Dichtungen von Wilhelm Müller sind durch Franz Schubert's herrliche Lieder: "Die schöne Müllerin" in der ganzen musikalischen Welt bekannt. Böllner hat sich die Aufgabe gestellt, sie für Männerchor in Musik zu setzen, und diese That ist ihm in vor-

hand zu ergreifen, damit nicht auch sie durch unser waghalsiges Thun mit hineingerissen werden in den Strudel der den Völkerwohlstand verschlingt, aber Millionäre erzeugt, in den fürchtbaren Schlund des Goldwährungsreiches. Warum ergreifen wir nicht die dargebotene Hand? Selbst ergreunden kann dieses „Warum“ keiner, der die Frage studirt. — Der Kanzler gebe uns Aufschluß über dieses „Warum“, welches mächtig genug zu sein scheint, ihn zu zwingen, daß er ohne Widerstand von seiner Seite uns wirtschaftlich abschlägt läßt.

Diese Sprache seitens der Conservativen ist ganz interessant. Der Kanzler ist für sie eben nur so lange absolut, als er ihnen den Willen thut. Auch wollen, wie unsr. Berliner Correspondent schreibt, die Anhänger der Doppelwährung im Reichstage beobachten, bei der Debatte über den schon erwähnten Gesetzentwurf wegen Ausprägung einer neuen Nickelminze noch einmal die Münzfrage von ihrem Standpunkte zur Erörterung zu bringen, wie denn überhaupt der Plan besteht, die Doppelwährungsfrage bei jeder denkbaren Gelegenheit in Anregung zu bringen. Glück auf den Weg!

Der Rechtsweg in Zollstreitfachen.

Die Zollcommission des Reichstags hat gestern beschlossen, über den Antrag der Freimaurer wegen Zulassung des Rechtsweges in Zollfachen zur Tagessordnung überzugehen, nahm dagegen mit 6 gegen 3 conservative Stimmen eine von dem Abg. Meyer-Jena (nat.-lib.) beantragte Resolution an, die Regierung aufzufordern,

in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die schließliche Entscheidung der in Zollfachen auftauenden Rechtsfragen dem Rechtswege oder dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren überwirkt.

Ob die Entscheidung solcher Streitigkeiten im Wege des gerichtlichen Verfahrens oder im verwaltungsrechtlichen Wege erfolgen soll, läßt diese Resolution unentschieden.

Die Parteien des Herrenhauses.

Die "Kreuzztg." hat unlängst in Erwiderung auf eine Bemerkung der "Berl. Pol. Nachr.", daß auch im Herrenhause mittelparteiliche Regelungen zu geltend machen, die Behauptung aufgestellt, es hätten allerdings in der Fraktion Stahl Meinungsverschiedenheiten bestanden, dieselben seien aber bestätigt und werde sich demnächst eine neue conservativen Partei bilden. Dieser letztere Zusatz war um so unverständlich, als es außer der Fraktion Stahl im Herrenhause eine conservative Partei überhaupt nicht gibt. Neben derselben besteht nur noch die Bürgermeisterpartei, die d. s. repräsentirt, was man im Herrenhause liberal nennt. Inzwischen ergiebt sich, schreibt uns hierzu unser Berliner Correspondent, daß die Differenzen innerhalb der Fraktion Stahl keineswegs beigelegt sind; erst am 22. Februar hat eine Sitzung der Fraktion stattgefunden, in der es, soweit es das Temperament der Herren im Herrenhause zuläßt, zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist. Welches Ergebnis dieses Schaukampfes haben wird, bleibt abzuwarten.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus erklärte gestern der Handelsminister in Beantwortung einer Interpellation wegen der landwirtschaftlichen Krisis, daß der internationale Deconvencongres keine Vorschläge zur Sanierung gemacht hätte, mit denen sich die Regierung nicht bereits beschäftigt hätte. Der Minister verweis auf die vorjährige Zolltarifnovelle und darauf, daß der Ministerpräsident Tisza schon vor anderthalb Jahren ein Handelsbündniß der mitteleuropäischen Staaten als bestes Schutzmittel gegen die überseitische Concurrenz angeregt habe. Die Regierung habe sich mit der Frage auch beschäftigt, als Deutschland eine Initiative in dieser Beziehung ergriffen hatte, doch seien Schwierigkeiten entstanden, welche die Vermischung der Thee verzögern. Gleichzeitig mit dem Ausgleichsgesetze würde der allgemeine Zolltarif vorgelegt werden, welcher auf denselben Grundlagen beruhe, wie die vorjährige Zollnovelle.

Die Krise im Orient.

Gutem Vernehmen nach ist die Regierung von Bulgarien mit dem Vorschlag Serbiens, nur die Wiederherstellung des Verhältnisses vor dem

züglicher Weise gelungen. In treuem Anschmiegen folgt der Componist den wechselnden Stimmungen der Gedichte und giebt eine Reihe von Tonbildern, die durch treffende Charakteristik fesseln, durch Gemüthsstiefe ergreifen. Aber leicht hat er es den Sängern nicht gemacht, bei häufiger PolYPHONIE des Tonsatzes und bei mitunter ungewohnten schwierigen Harmonienfolgen. Er rechnet auf große Treffsicherheit und Routine der Sänger, dabei auf ein vollkommen abgerundetes Ensemble. Die Schwierigkeiten werden noch vermehrt durch einige umfangreiche Sätze für Soloquartett, das nicht immer eine geeignete Befegung findet. Man hatte diesmal zu einem Doppelquartett gegripen, um eine mehr gefärbte Klangfülle zu erzielen, was dennoch meistens wohl gelang.

Dass an allen Theilen des Werkes mit großer Lust und Liebe studirt worden ist, blieb nicht zweifelhaft; die Chöre zeichneten sich durch Sicherheit und Pracht aus und brachten im Ganzen eine schöne Wirkung hervor, wenn auch hier und da die äußerste Glätte der Darstellung und eine absolute Reinheit noch fehlte. Der declamatorische Theil wurde von einem Mitgliede des Vereins mit Verständnis und angenehmem Organ gesprochen.

Die Vorträge des Fräulein Gertrud Gräfe, einer im Beginne ihrer Concertlaufbahn stehenden jungen Sängerin, brührten recht anmutwend, besonders sieht ihr das Barde oder Native gut in Liedern, wie "Das letzte Beilchen" von Mendelssohn, in der "Ullensfangenheit" von Weber und in der "Belehrten" von A. Holländer. Die Stimme, ein wohltautendes Mezzopran, ist bis zu einem gewissen Grade bereits tüchtig geschult, namentlich für ein reizend klingendes piano. Nur ist die Anwendung desselben zu uneingeschränkt und dadurch

14. November v. J. in den Friedensvertrag aufzunehmen, nicht einverstanden, da bereits vor diesem Tage die diplomatischen Beziehungen beider Länder abgebrochen waren, die serbische Armee mobilisiert und die Grenze besetzt war. Die Regierung hat deshalb ihren Delegirten bei den Friedensverhandlungen in Bukarest beauftragt, zu verlangen, daß ausdrückliche Bestimmungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und die Mobilisierung der Armee in den Friedensvertrag aufgenommen werden. — Dieses Verlangen scheint kein neues Hindernis zu involviert, da Serbien, wie gemeldet, bereits die Bereitschaft zur Abreitung dadurch angedeutet, daß es den Bestellungen für militärische Zwecke Gehor gehabt hat.

Was Griechenland anbetrifft, so erhält sich trotz der kürzlich von dem Ministerpräsidenten Delianis abgegebenen Versicherungen das Gericht von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministers und dessen Ersetzung durch ein Übergangscabinet, gebildet aus Elementen der Kammer, die in keiner Richtung gebunden erscheinen. Es werden neben Nikitis und General Grivas auch andere Namen genannt. — Ein fürstlich von der "Akropolis" veröffentlichter Artikel, in welchem ein militärischer Mitarbeiter dieses Blattes über eine aus Patriotismus unternommene Beobachtungsreise an die Grenze berichtet und von der mangelhaften Organisation und absoluten Schlagfertigkeit der griechischen Armee trostlose Schilderungen gab, ruft andauernd in Griechenland großes Aufsehen und zugleich große Erbitterung hervor. Hoffentlich trägt diese Enthüllung etwas zur Abtäuschung des kriegerischen Feuers der Hellenen bei.

Die Londoner Ruhestörungen und die Polizei.

Der nummehr veröffentlichte Bericht der Commission über die jüngsten Ruhestörungen im Westend unterzieht das Verhalten der Polizei einer strengen Kritik, bezeichnet die bezüglich der Kundgebung auf Trafalgar Square von der Polizei getroffenen Vorkehrungen als unzulänglich und ohne Umsicht entworfen und kommt zu dem Resultat, daß die Verwaltung und Organisation der Polizei eine gründliche Untersuchung ertheile. Der Polizeichef, Oberstleutnant Henderson, erklärte vor der Commission, er habe die Abstossung von 100 Polizei-constabliern nach Pall-Mall angeordnet, um dem Treiben des Pöbels Einhalt zu thun, irrtümlicher Weise seien dieselben aber nach der Mall und nach dem Buckingham-Palast, anstatt nach Pall-Mall gesendet.

Wie der "Daily Telegraph" vernimmt, dürfte diese Commission auch angegangen werden, die Namen mehrerer militärischer Persönlichkeiten zu erwägen, um aus deren Mitte einen Nachfolger für Henderson zu wählen. In amtlichen Kreisen herrscht gegenwärtig die Meinung vor, einem energischen Militär den Vorzug vor irgend einem andern Kandidaten zu geben, der nur eine Civilroutine hat. Viele Mitglieder der Regierung befürchten jedoch, daß die hauptstädtische Polizei eher als eine civile, denn eine militärische Macht organisiert sein sollte. Sie behaupten, daß jetzt zu viel militärischer Geist in der Polizei herrsche.

Abgeordnetenkabinett.

27. Sitzung vom 24. Februar. Zur Berathung kommt

schenen nicht eine nationale, wie in Polen, sondern eine pädagogische. Der Ausdruck des Erneuerungsrechts der Gemeinden verfügt gegen die Verfassung. Die Regierung nimmt alle Rechte für sich in Anspruch, ohne den Gemeinden die Kosten abzunehmen. Was man diesen gewährt, ist ganz minimal. Meine politischen Freunde sind principaliter gegen den ganzen Gelehrtenwurst, eventueller gegen den Einschluß des Regierungsbezirks Opoln. Die Freien der polnischen Bevölkerung können Sie durch Gewaltmaßregeln nicht für sich gewinnen. (Sehr Beifall im Centrum.)

Abg. v. Bitter (freicor): Wir wollen und werden uns durch diese Vorlage gerade die Herzen der Polen nicht nur in Oberösterreich, sondern im ganzen Osten erwerben, die uns durch die Agitation entfremdet worden sind. Ich bestreite auch, daß sich die Vorlage nur gegen die Katholiken richtet. (Widerspruch im Centrum.) Sie trifft ebenso die evangelischen und katholischen Schulen in Westpreußen. Ich gebe zu, daß die Vorlage in bestehende Verhältnisse sehr tief einsteckt, aber die Betholzungen werden dies patriotische Opfer bringen müssen. In den 5 Regierungsbezirken, um die es sich hier handelt, sind in 238 Städten und 7204 Landgemeinden 50 Lehrer angestellt. Die katholischen Kinder sind aber hinsichtlich der Beschulung hinter den evangelischen zurückgeblieben. Denn während ein evangelischer Lehrer durchschnittlich 75 Kinder zu unterrichten hat, fallen auf einen katholischen Lehrer über 100. Hier ist eine materielle Abhilfe dringend erforderlich. Die Muttersprache, jenes heilige Vermächtnis fürs Leben, wollen wir den Polen nicht rauben, aber wir verlangen, daß sie sich der Kenntnis der deutschen Sprache und deutschen Kultur nicht verschließen, deren sie gerade dringend bedürfen. Der polnische Bauer ist der Regierung dankbar für erwiesene Wohlthaten, aber er steht unter dem Einfluß Ihrer Agitation. Mit dem Tage, wo er deutsch sprechen wird, ist es mit Ihrer (der Polen) Führung vorbei. Die Frage, ob der Entwurf verfassungswidrig ist oder nicht, will ich nicht weiter berühren. Es ist dies ja kein definitives, sondern ein Nottheil. Im Einzelnen ließe sich ja sicherlich Einiges ändern. Im Ganzen aber sind wir dafür, daß der Vollmacht der Regierung ein nicht zu enger Spielraum gegeben wird. (Beifall rechts, Bischen im Centrum.)

Abg. Birckow: Der Ministerpräsident und die Regierung verhandeln nur der Fortschrittspartei die Einführung des Schulaufsichtsgesetzes. Hätte die Regierung ernsthaft und consequent diesen Weg weiter betreten, so würde sie jetzt weiter sein. Und ich verlange, daß jedes polnische Kind die Schule verläßt mit Kenntnis der deutschen Sprache; ich verlange dies aber ohne Tendenz der Germanisierung, sondern im wirtschaftlichen Interesse der Leute selbst. Eine gewaltsame Germanisierung halte ich für verderblich. Liegt denn eine so dringliche europäische Gefahr vor, um mit einem Male zu einem so gewaltsamen Mittel zu greifen? Ist es nicht besser, die Germanisierung dem allmächtigen Gestaltungsspiel zu überlassen, wie in der Mark und in Pommern, das ohne jeden Druck, mit Hilfe einer deutschen Einwanderung in zwei Jahrhunderten deutsch geworden ist? Sind nicht auch die Massen in kurzer Zeit deutsch geworden? Wie wollen Sie mit einem Male eine Bevölkerung, welche in einer ganz bestimmten Weise national entwickelt ist, in Ihr Gegenheil verwandeln? Der Gedanke des Ministerpräsidenten, die Polen mechanisch zu verdrängen durch Ausweisungen, Expropriationen, ist ja eines großen Staatsmannes, vielleicht nicht dieser Zeit (Heiterkeit), würdig. Aber alles Andere sollte doch zugeschnitten werden auf eine natürliche Culturnentwicklung. Ich begreife nicht, wie die Regierung in ihrer Antipathie gegen einzelne Bevölkerungen auch ihre Freunde züchtigen will, auch diejenigen Schulen unter das Gesetz zu stellen, welche bisher die deutsche Culturnarbeit in diesen Gegenden allein besorgt haben. (Sehr richtig! links.) Städte wie Danzig, Thorn und Elbing sind seit dem Deutschen Orden die Mittelpunkte der nationalen Entwicklung gewesen. Es scheint, als ob die Regierung die Gelegenheit benützt hätte, um einmal einen recht großen Rückschritt auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung zu beginnen. Ich frage nochmals, drainge uns eine ungeheure europäische Gefahr, haben die Polen vor, nächstens das großpolnische Reich zu proklamieren? Ich unterschlage die polnische Agitation keineswegs. Die Hartnäckigkeit, mit welcher die Polen hier nicht bloß an ihrer Sprache, sondern auch an ihren Plänen für die Zukunft festhalten, macht den Eindruck, daß derartige Meinungen in den Herzen der Polen nicht erloschen sind. Es geht aber auch wenig Nationen, die so schwer, nicht bloß vom Schießl, sondern auch von den Staatsmännern gereffen worden sind, und ich befürchte es tief, daß der Ministerpräsident neulich so sehr nicht bloß die ganze volkstümliche Bewegung lächerlich zu machen, sondern auch der deutschen Nation einen schweren Vorwurf anzubringen sucht. Wir wären vielleicht im Stande, noch weiter in der Erinnerung zurückzugehen, als man mit gleicher Schwärmerie die Nachkommen von Achill und Agamemnon begrüßt in ihrem Freiheitskampf. (Heiterkeit.) Die Freiheit ist ja heut zu Tage kein Gegenstand des Strebens mehr. (Zuruf links: "Leider!") Ich begreife ja auch, daß es den Herren von der "nationalen" Seite schwer wird, für solche Leute sich zu begeistern. (Heiterkeit) Damals war man eben so naiv, und ich werfe keinen Stein auf diese Naivität, ich erinnere mich mit Rührung der Bewegung, welche durch die Gemüther ging, und ich sage Ihnen, ohne diese Bewegung würden wir vielleicht nicht hier sitzen, unsere Verfassung nicht haben und andere Dinge nicht zu Stande gebracht haben. (Zuruf von rechts.) Sie können ja vielleicht die Dinge nicht so hoch schätzen. (Heiterkeit.) Es ist doch aber die einfache historische Consequenz der Bewegung (Zuruf von rechts): "Von 1848!" — ja wohl, von 1848, das war sein sehr großes Jahr, was Sie wahrscheinlich heute noch nicht begreifen. (Große Heiterkeit links und im Centrum.) Sie nicht, sich in einfache historische Vorgänge hineinzudenken! (Sehr gut! links.) und zu begreifen, wie es zugegangen ist, daß Preußen zu einer Verfassung gekommen ist. Wir meinen, daß Polen sich damals erhoben hat wegen der unerhörtesten Mißhandlungen, welche es durch die russische Regierung erfahren mußte. (Sehr richtig!) Ich habe in den Verhandlungen von 1863, derenwegen der Ministerpräsident meine Partei neulich so heftig angegriffen hat, gelogen, wenn Sie Einfluß auf das russische Cabinet und den Kaiser haben, dann wären Sie doch darauf hin, daß er auf seiner Seite auch Institutionen giebt, wie sie die Polen bei uns haben, dann würden die Gründe für die Revolution wegfallen und auch keine Cartellkonvention notdürftig sein. Die Gefahr, welche sich nach einer Vorstellung in der europäischen Entwicklung zeigt, liegt nicht in einer nationalen polnischen Bewegung, sondern im Pan Slavismus, der ebenfalls gerade das Gegenheil von Polonismus ist. (Sehr gut! links und im Centrum; Lachen rechts.) Wer die Gefahr nicht sehen will, muß allerdings an einer starken Verbündelung der Hornküste leiden. (Große Heiterkeit) Er hat sogar seine Hand schon an die Oberösterreich und Laufbahn gelegt, sie sind ausdrücklich offiziell in die Bewegung mit aufgenommen. (Hört! links.) In immer breiterer Weise macht sich der Pan Slavismus in Österreich geltend und überall sucht er unsere deutschen Landsleute in Russland und Österreich nicht nur zu drücken, sondern auch zu unterdrücken. Das Centrum der Bewegung ist ohne Zweifel in Petersberg (Zuruf: "Moskau!") — nun, oder in Moskau. Das ist der Grund, warum die liberale Partei seit lange mit Misstrauen auf die russische Regierung sieht. (Lachen rechts.) Da liegt auch der Grund, welcher das Haus 1863 bewog, als die Bewegung jenseits der Grenze einsetzte. Es hat uns der Ministerpräsident auseinandergesetzt, daß er ein Jahr vorher mit dem Kaiser von Russland, entgegen dem damaligen Karlsburg-Konsulat, zu einem Einvernehmen gekommen sei, das in einer bestimmten Convention Ausdruck fand. Das Haus, von dem geschlossenen Schlußabkommen nichts wissen konnte, daß ich doch wohl behaupten. Dennnoch sagten der Ministerpräsident, wir hätten die Regierung nicht ohne Erfolg in Paris und London zu verklagen gesucht wegen ihrer russenfeindlichen Politik, und trug sogar kein Bedenken, hinzuzufügen, daß er durch Verfolgungnahme französischer Papiere in J. 1870 den Indizienbeweis dafür erlangt habe, über Verbindungen, welche von Mitgliedern der Opposition 1863 mit der französischen Gesellschaft stattgefunden hätten, und er fügte wohlwollend bei: „Ich werde das Geheimnis auch lerner bewahren.“

weil ich die Veröffentlichung nach 23 Jahren nicht für nützlich erachte.“ (Heiterkeit.) Nach einer solchen Bekundigung kann man sich doch nicht mit der wohlwollenden Wendung aus der Sache ziehen, daß man sagt: „Ich werde das Geheimnis auch ferner bewahren.“ Ich provoziere den Geheimrat, diesen Geheimnis zu brechen und uns mitzuteilen, was dies für Personen gemeint sei, auf welche sich diese Aussage bezieht. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich war damals der Einzige, der sich in jener Debatte ausführlich auf Altenstücke und Reden bezog, aber ich habe schon damals nachgewiesen, daß jene Altenstücke und Reden öffentlich angängig waren. Das Einzige war, daß ich die Sachen gelesen habe, während die Mehrzahl sie nicht gelesen hatte. (Heiterkeit.) Nun muß ich doch entschieden protest einlegen, daß unser Verfahren irgend einen schädlichen Einfluß auf die Haltung des Auslands ausgeübt hat. Damals stand nicht bloß die Fortschrittspartei, sondern die gesamte Liberalen in Opposition. Herr v. Sybel war damals Referent und Sie können aus seiner Rede finden, daß wir viel milder gesprochen haben. Ich kann auch die Worte des jetzigen Reichsgerichtspräsidenten Simon citiren, der gerade diesen Einwand schon vollständig parirt hat. (Abg. Kratzeck ruft: "Schulgeleß") Ich habe also nur zu constatiren, daß es nur der Ausdruck einer sehr üblichen Stimmung sein konnte, daß der Dr. Ministerpräsident mit der Hartnäckigkeit seines Gedächtnisses, welche ihm ausgedient, immer auf Dinge zurückkommt, welche ihm vor 23 Jahren in genügender Weise widerlegt worden sind. (Sehr gut! links; Heiterkeit.) Wir haben uns zu keiner Zeit ungebührlichen Sympathien für die national-polnische Bewegung schuldig gemacht. Wenn wir uns mit den Herren von der polnischen Fraktion bei vielen Gelegenheiten zusammengefunden haben und in freundlicher Weise verkehren können, so geschieht dies, weil wir beide geprüfte Leute sind und weil wir niemals uns berechtigt fühlen werden, die Sympathie zu leugnen, welche der Untergang ihres Staates uns erzeugt. (Beifall bei den Polen.) Hinsichtlich des Gesetzes muß ich das Bedauern aussprechen, daß wir nicht im Stande sind, diese Gesetze in ihrer Totalität zu beurtheilen; es wird mir erzählt, daß wir noch ein neues bekommen sollen. (Ruf: „It is bent gelohnt“) Nein, noch ein neues! (Heiterkeit.) Wir verbündeln immer nur über einen Torso und wieder einen Torso. Bedenklich wäre es, wenn irgendemand im Hause glauben sollte, die Vorlagen seien so wie sie sind, annehmbar. Das Material über die Ausdehnung des Poloniens ist ganz unvollkommen, und ich spreche ausdrücklich die Bitte um ausgiebig und regelmäßige ausgearbeitetes Material aus. (Sehr gut! links und im Centrum.) Wir sind gern bereit, innerhalb der Grenzen nicht bloß aller diejenigen Mittel zu finden, welche es ermöglichen, daß die deutsche Sprache in allen Schulen dieser Provinzen vollständig Eigentum der Kinder wird, daß sie in jedem Theile des großen deutschen Vaterlandes ihr Unterkommen, ihre Arbeit, ihren Erwerb und ihre Heimat finden können. Ich bin der Überzeugung, daß, wenn Deutschland, was ich annehme, im Stande ist, den Besitz dieser Gegenenden zu behaupten, das dann die eigentliche Germanisierung allerdings nur als eine Frage der Zeit zu betrachten ist. (Lebhafter Beifall links.) (Schluß in der Beilage.)

Deutschland.

Berlin, 24. Februar. Der Kaiser empfing heute mehrere höfliche und höhere Militärpersonen und machte Nachmittags eine Ausfahrt.

■ Berlin, 24. Februar. Die Arbeiterschutz-Commission nahm heute nach langer Geschäftsordnungsdebatte die Abstimmungen über die Anträge Auer, Lieber u. s. w. über die Kinderarbeit in den Fabriken vor. Für den Antrag Auer, welcher die gewerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren verbieten will, stimmten nur die beiden Sozialdemokraten. Für den Antrag Halben, betreffend das Verbot der Fabrikarbeit für Kinder unter 14 Jahren stimmten die Freisinnigen Halben, Löwe und die beiden Sozialdemokraten. Der Antrag Lieber, an Stelle des § 135 der G.-O. zu bestimmen, daß Kinder unter 14 Jahren in Fabriken nicht beschäftigt, junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren nur 10 Stunden täglich in Fabriken beschäftigt werden sollen, und daß Kinder, welche zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind, in Fabriken nur beschäftigt werden dürfen, wenn sie in der Volksschule einen regelmäßigen Unterricht von 3 Stunden täglich genießen, wurde mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen. Ein Freisinniger fehlte. Für den Antrag stimmten das Centrum, zwei Freisinnige, Löwe und Halben, und zwei Sozialdemokraten. Auer und Pfannkuch. Angenommen wurde ferner und zwar mit 11 gegen 7 Stimmen der Antrag Hise (Centrum), wonach Kinder unter 14 Jahren gegen Lohn überhaupt nicht gewerblich beschäftigt werden dürfen; ferner mit 17 gegen 6 Stimmen die von dem Abg. Hartmann (con.) beantragte Resolution, welche die Regierungen auffordert, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Beschäftigung von Kindern in der Hausarbeit gesetzlich geregelt wird. Der Antrag Schneider (frei!) auf Veranlassung einer Enquete über die Kinderarbeit in den Fabriken wurde gegen die Stimmen der Abg. Schneider und Brömel abgelehnt. Demnächst vertrage sich die Commission.

— Bei Beginn der heutigen Sitzung des Herrenhauses ist die Frage der Bereitstellung des Bischofs Ropp in sehr einfacher Weise gelöst worden. Auf Begehung des Vorsitzenden erklärte der Bischof, daß er den Eid auf die preußische Verfassung noch nicht geleistet habe. In dieser Erklärung ist indirect wenigstens die Bereitwilligkeit enthalten, den Eid auf die Verfassung zu leisten und wird die Bereitstellung demnächst stattfinden.

■ Berlin, 24. Februar. Die Commission zur Beratung über die Verlängerung des Sozialfengesetzes hat den Abg. Grafen v. Hompesch (Centr.) zum Stellvertreter des Vorsitzenden und die Abg. Fritzen (Centr.) und Grohé (Volkspartei) zu Schriftführern gewählt. Die Sozialdemokraten hatten ihre Sitz in der Commission an die Volkspartei abgetreten, welche, da auch die Freisinnigen ihnen einen Sitz eingeräumt, in der Commission durch drei Mitglieder vertreten ist. Dem Abg. Lenzenmann wurde seitens der Sozialdemokraten die Einräumung eines Sitzes in der Commission verweigert. Der Commission gehören an: Von den Conservativen: v. Hellendorf, Dr. Hartmann, v. Küller, Frhr. v. Mantelhoff, Graf v. Kleist-Schmenzin; von der Reichspartei: Prinz zu Carola Schönburg; von den Nationalliberalen: Dr. Marquardt, Dr. Meyer (Sena), Dr. Tröndlin; vom Centrum: Graf v. Ballestrem, Graf v. Hompesch, Fritzen, Graf Hoensbroech, Graf v. Prajchna, Dr. Windthorst; von den Freisinnigen: Dr. Haniel, Dr. Baumbach und Dr. Meyer (Halle); von der Volkspartei: Mayer (Württemberg), Kröber und Grohé.

* [Der Großherzog von Hessen] wird sich auf seiner Rückreise von Petersberg, woselbst er etwa vierzehn Tage zu bleiben geplant, als Gast unseres Kronprinzen einige Tage in Berlin aufzuhalten. In Darmstadt hat, wie man dem "B. L." von dort schreibt, der herzliche Empfang, den der Großherzog am hiesigen Hofe gefunden, in allen Kreisen der Bevölkerung aufs angenehmste berührt.

* [Der deutsche Botschafter in London] hat dem britischen Auswärtigen Amt offiziell die Mittheilung gemacht, daß die Marshall-, Brown-

und Providence-Inseln unter das Protectorat Deutschlands gestellt worden sind. Die Brown-Inseln, 30 kleine Koralleninseln, fast sämtlich durch Korallenriffe verbunden, und die Providence-Inseln bilden nur einen Theil, und zwar den westlichen, des Marshallarchipels. Mit einer Neuerwerbung hat man es also hier nicht zu thun.

* [Das Monopol wird, soweit sich bis jetzt übersehen lässt, nächsten Dienstag oder Mittwoch auf die Tagesordnung des Reichstags kommen. Das Centrum wird wahrscheinlich, wie seiner Zeit beim Tabakmonopol, Beratung der Vorlage in der Commission wünschen. An dem Schlufzefultat, welches in der Ablehnung der Vorlage bestehen muß, wird dadurch nicht geändert.

* [Prinz Wilhelm] brachte von seinem Jagdausfluge in Polen drei junge Bären mit. Die schlafenden Thiere hatte der Prinz mit in seinen Schlafwagen genommen, während das ältere und größere im Packwagen untergebracht war. Das ältere Exemplar ist dem zoologischen Garten in Berlin als Geschenk überwiesen worden. Das Thier hat eine Abtheilung des großen Bärenzweigers als Wohnung erhalten.

* [Bundesstaat des Nedacteurs Prohl.] Der Herausgeber und Chef-Redakteur des "Kleiner Tagesspiegel" veröffentlicht nun eine Erklärung, in der es heißt:

"Man wird mich für die heimischen Vergehen meiner Untergebenen nicht verantwortlich machen wollen, aber um dem etwaigen ungerechtfertigten Vorwurf, daß ich einen solchen Mann in meinen Diensten und an meinem durchaus auf nationalem Boden stehenden Blatte beschäftigt habe, zu begegnen, erkläre ich, auch heute noch nicht die Überzeugung gewinnen zu können, daß Prohl, Ritter des Eisernen Kreuzes und Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Kampfgenossen-Vereinandes, der allerwegen seiner tremonischen Gesinnung Ausdruck gab und in diesem Sinne das "Kleiner Tagesspiegel" redigirte, wirklich Landesverrätler sein sollte. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die gerichtliche Untersuchung sehr bald seine völlige Unschuld ergeben wird."

Dazu bemerkt das "Berl. Tagesspiegel": "Wir sind weit entfernt, das conservativen Blatt oder die conservativen Partei überhaupt für etwaige Vergehenen Prohls verantwortlich zu machen. So loyal verfährt man freilich auf conservativer Seite nicht. Welch wütendes Gefühl hätte sich wohl erhoben, wenn es sich zufällig um ein liberales Blatt gehandelt hätte!"

* [Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungs-amts] für die Zeit bis zum 31. Dezbr. 1885, der ursprünglich nur für den Reichsstaat erstellt war, ist nachträglich auf besondere Wunsch auch in jedem Theile des großen deutschen Vaterlandes zugänglich zugegangen. Derselbe beschäftigt sich mit der Mitwirkung des Amtes bei der Ausführung der beiden Unfallversicherungsgesetze und läßt deutlich erkennen, wie spontan sich die Bildung der berufsgenossenschaftlichen Selbstverwaltungskörper vollzogen hat oder vielmehr durch das Reichsversicherungsamt ins Werk gesetzt worden ist. Die nachstehenden Regeln entschieden: Personen, die erst seit dem 1. Januar d. J. in ihren resp. Kirchspielen wohnen, sollen unbedingt bleibt. In "respectable Fäßen" darf, nach gehöriger Prüfung des Falles, zur Auslösung notwendiger Haushaltungsgegenstände aus dem Pfandleihhaube Geld gewährt werden. Die Unterstützung soll pro Woche für einen Erwachsenen nicht mehr als 3—4 Sh., und für jedes Kind 1 Sh. betragen, doch darf die Summe für die ganze Familie nicht 10 Sh. pro Woche übersteigen. Leute, die bereits aus Armenhäusern Unterstützung beziehen, haben keinen Anspruch auf den vorliegenden Fonds.

England.

ac. London, 23. Februar. Die Königin hielt gestern im Windsor-Palast ein Capitel des Rosenbandordens, wobei der Herzog von Northumberland, der Marquis von Abercromby und der Herzog von Norfolk mit dem Bande und Stern dieses hohen Ordens investiti wurden.

Der Mansion House Fund zur Förderung der Nothläger unter den beschäftigungslosen Arbeitern übersteigt nunmehr die Summe von 60 000 £. Mit Bezug auf die Verwaltung des Fonds hat der Verwaltungsausschuss sich u. A. für die nachstehenden Regeln entschieden: Personen, die erst seit dem 1. Januar d. J. in ihren resp. Kirchspielen wohnen, sollen unbedingt bleibt. In "respectable Fäßen" darf, nach gehöriger Prüfung des Falles, zur Auslösung notwendiger Haushaltungsgegenstände aus dem Pfandleihhaube Geld gewährt werden. Die Unterstützung soll pro Woche für einen Erwachsenen nicht mehr als 3—4 Sh., und für jedes Kind 1 Sh. betragen, doch darf die Summe für die ganze Familie nicht 10 Sh. pro Woche übersteigen. Leute, die bereits aus Armenhäusern Unterstützung beziehen, haben keinen Anspruch auf den vorliegenden Fonds.

Portugal.

Lissabon, 22. Februar. Das Programm des neuen Cabinets wurde heute den Cortes vorgelegt. Die ministeriellen Vorschläge umfassen eine Politik der Duldsung gegen Gegner, die Pacification des Landes, die Einschränkung der Ausgaben in sämtlichen Zweigen des Staatsdienstes, die Adye-rrung streicten Maßnahmen für die Förderung der öffentlichen Sitte, die Hinauschiebung jeder Art von politischer Reform mit Bevorzugung aller administrativen und finanziellen Fragen, den Schutz der Arbeit und die Entwicklung einer reichen und fruchtbaren Production. Die Regierung wird keine Steuererhöhung verlangen, ohne vorher die berufsgenossenschaftlichen Selbstverwaltungen gegenüber auf vielmehr durch das Reichsversicherungsamt ins Werk gesetzt werden. Die Weisungen des Berichts sind im Wesentlichen bekannt. Neu ist die Anfügung, daß 79 Beamte der Privat-Unfallversicherungsgesellschaften, welche in Folge der Unfallgegenstände unbeständig geworden sind, bei den Berufsgenossenschaften als Geschäftsführer etc. angestellt werden. 8 andere sind im Reichsversicherungsamt beschäftigt. Wie viele nicht angestellt sind, wird vorläufiger Weise nicht mitgetheilt.

* [Bezüglich der bairischen Cabinetskasse] sind die Münchener "Neuen Nachrichten" der Ansicht, daß die Angelegenheit auch ohne "Anleihe" leicht zu ordnen wäre, wenn ein fester Tilgungsplan aufgestellt und mit eiserner Consequenz durchgeführt würde. Durch die fort und fort unterhalte Ausicht auf neue Bedürfnisse und neue Anleihen würde das Land beunruhigt und das Ansehen der Krone geschädigt.

■ Grätz, 21. Februar. Vor überfülltem Zuschauer- Raum fand gestern vor der hiesigen Strafkammer die Verhandlung gegen den Gutsbesitzer Friedrich Wißer, den wohlbekannten Begründer des allgemeinen deutschen Bauernvereins, in Würzburghausen statt. Wie seinerzeit mitgetheilt worden ist, wurde eine vom Allgemeinen deutschen Bauernverein in Nottleben am 6. September v. J. einberufene Versammlung von dem persönlich anwesenden Landrat, Freiherrn v. Müßling, aufgelöst. Die Auflage sah, der Landrat wie die ihm unterstellten Schulen befehligt werden, indem Herr Wißer die Amtserklärung gethan habe: "Die Dorfschulen oder Amtsverwalter sind Willensleute Werkzeuge des Landrats, sie müssen lazenbündeln und erhalten dafür einen Platz auf die Schulter oder einen Händedruck." Der Angeklagte behauptet ganz entschieden, diese Worte nicht gebraucht zu haben, sondern er habe gelagt, daß die Schulen mit den gegenwärtigen Verhältnissen selbst nicht einverstanden seien und die gerade, welche am meisten lazenbündeln, wünschten am ehesten eine Änderung herbei. Das Gericht konnte einen bestimmten Urteil, daß Wißer so gebracht, wie die Anklage behauptet, nicht finden und erkannte auf Freispruch. Der Staatsanwalt hatte 100 M. Strafe oder 10 Tage Gefängnis beantragt.

■ Posen, 24. Februar. In Stadt und Provinz Posen circuliert eine Adresse, welche durch Vermittelung des Geistlichen Slotwinck in Krakau durch einen Cardinal italienischer Nationalität dem h. Vater seitens der polnischen Nation eingehändigt werden soll. In dieser Adresse, zu der in Galizien schon 50 000 Unterschriften gesammelt sein sollen, wird der h. Vater gebeten, den von ihm designierten Nachfolger des Cardinals Ledochowski Propst Döder nicht zum Erzbischof von Gnesen-Posen zu ernennen. Der "Kurier Pozn." weist darauf hin, daß Cardinal Ledochowski die Gläubigen beider Erzbistümen aufgefordert habe, sich nach dem Willen des h. Vaters zu richten, und den künftigen Erzbischof mit Gegebenheit aufzunehmen, und warnt demnach davor, diese Adresse, welche von dem Schriftsteller Agathon Giller in Galizien ausgeht, zu unterzeichnen.

■ Stuttgart, 22. Februar. Die zweite Kammer hat einen prinzipiell wichtigen Beschuß gefasst. Die Regierung hatte einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach den Beamten, welche Abgeordnete sind, die Kosten ihrer Stellvertretung im Amt, die bisher die Staatskasse bestreift hatte, selbst auferlegt werden. Sie hat dabei den Weg gewählt, jene Kosten durch Abzug von 2 M. 43 Pf. an den Abgeordneten-Döder, die 9 M. 43 Pf. (1 Württemberg-Dukaten) betragen, aufzubringen. Ein weiterer Artikel des Gesetzes bestimmt, daß Universitätsprofessoren, Volksschullehrer u. s. w. die wirklichen Kosten ihrer Stellvertretung zu tragen haben. Das Gesetz soll erst nach den nächsten Neuwahlen in Kraft treten, bis dahin übrigens in Verbindung mit der Verfassungsrevision eine Revision der Dätenfrage überhaupt in Aussicht steht.

für dieselben von den Genossenschaften zu übernehmen ist. Es kann den Berufsgenossenschaften nur angeraten werden, rechtzeitig Vorsorge zu treffen, daß die Pflege und ärztliche Behandlung der Verletzten keine Unterbrechung erleidet. Die Vorstände werden deshalb generelle Vorfahrungen zu treffen haben, welche sie in den Stand legen, unmittelbar nach Ablauf der ersten dreizehn Wochen ohne Weiteres die ärztliche Fürsorge und sorgfältige Behandlung und Versorgung der durch einen Betriebsunfall beschädigten Arbeiter bewirken zu können. Da nun die Berufsgenossenschaften in Sectionen getheilt sind, wird es zunächst Aufgabe der Sectionsvorstände sein, diese Fürsorge zu betätigen, und es dürfte den Vorständen der Sectionen zu empfehlen sein, sich mit den erforderlichen Vollmachten in dieser Hinsicht von ihrem Sectionsvorstande auszurüsten zu lassen.

* [Postverkehr.] Nach dem von der hiesigen Oberpost-Direction aufgestellten statistischen Notizen über den Postverkehr für das Jahr 1885 sind bei dem hiesigen Postamt 504620 Briefsendungen ausgegeben und 4583646 dergl. eingegangen. Ferner sind ausgegeben 198576 Pakete ohne Wertangabe, 28476 Briefe und Pakete mit einer Wertangabe von 30219466 M. Eingegangen sind dagegen 378018 Pakete ohne Wertangabe, 40338 Briefe und Pakete mit einer Wertangabe von 87714151 M. Postnachnahmesendungen wurden ausgegeben 32256 Stück mit einem Nachnahmebetrag von 210564 M., während 21114 Nachnahmesendungen mit einem Betrage von 170568 M. eingingen. Postaufräge wurden ausgegeben zur Geldeinziehung und Accepteinholung 14379 Stück. Eingegangen sind zur Geldeinziehung 14158 Stück mit dem Geldbetrag von 1507392 M. und zur Accepteinholung 417 Stück. Außer 8428 Postanweisungen wurden 13268255 M. eingezahlt und auf 258779 Postanweisungen 15905641 M. ausgezahlt.

* [Personalien.] Der Gerichtsschreiber, Amtsgerichts-Sekretär Höwoldt in Pr. Stargard ist auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt worden.

* [Künstler-Reunion.] Zum Besten der Pensionskasse der Genossenschaft deutscher Büchsenmacher veranstalten die Mitglieder des hiesigen Stadttheaters nächst Sonnabend Abends 8½ Uhr im Schützenhauscafe eine für Damen und Herren berechnete musikalisch-declamatorische Abendunterhaltung. Auf dem sehr umfangreichen Programm stehen Liedvorträge der Damen v. Weber, Forster, Peiffer, Flor, Rothe, Bendel und der Herren Straßich, Große, Thate, Schnell, wie auch Quartette; ferner Declamationen der Damen Beusberg, Wolf, Wimfelsdorf und der Herren Schindler, Kolbe, Bach, Reith; Clavierstücke der H. Rosa Reith. Außerdem kommt eine ungemein drollige Wallenstein-Trilogie-Parodie mit Schattenbildern zur Darstellung. Herr Kapellmeister Weingartner leitet den musikalischen Theil. — Um des guten Zwecks willen ist eine reich zahlreiche Beteiligung des Büblums zu hoffen.

* [Wechselseitiges Entseidung.] Unterzeichnet Jemand ein beweisberichtigtes Schriftstück mit seinem Ruf- und Stammnamen und ein zweites Schriftstück mit einem anderen ihm zukommenden Vornamen und seinem Stammnamen (wobei beispielweise das eine Schriftstück ein Schuldbezeugnis und das andere eine Bürgschaftserklärung für jene Schuld enthält), um in rechtswidriger Absicht den Schein zu erwecken, daß die beiden Unterschriften von zwei verschiedenen Personen herrühren, so liegt nach einem Urteil des Reichsgerichts vom 15. Dezember v. J. eine Urkundenfälschung vor.

* [Dampfer im Dienst der Fischerei.] Nachdem ein in früheren Jahren gemachter Versuch, bei der Seefischerei Dampfschiffe in Anwendung zu bringen, mißliefte, habe jetzt die Herren Gebr. Habermann wieder einen Versuch gemacht, ihre Boote nach dieser Richtung hin nutzbringend zu verwerthen. Seit einigen Tagen sind wir Dampfschiffe mit frischen Breitlingen am Markt, welche hier mit 3 M. pro Tonne verkauft werden. Nach mehreren Seiten hin verdient dieses Verfahren Beachtung. Es wird erstens den Fischern Gelegenheit zum Erwerb geboten, denen es unter den augenblicklichen Verhältnissen unmöglich war, ihrem Berufe nachzugehen, weil die Breitlinge ca. 5 Meilen vom hiesigen Ort gelangen werden und in kleinen Handlungen auf See sehr schwer und von Neufahrwasser zur Stadt des Eises wegen garnicht zu transportieren sind. Ein zweiter großer Vortheil liegt darin, daß die Fische ganz frisch, fast noch lebend an den Markt kommen, sich also zum Verkaufen nach entfernten Orten ganz besonders eignen. Im öffentlichen Interesse wäre zu wünschen, daß sich das Unternehmen als rentabel erwiese.

* [Einbruch.] In der Nacht zum 19. wurden bei dem Kaufmann Paul Schulz, Schloßstr. 29, mittelst Einbruchs eine Menge Materialwaren und etwa 70-80 M. baares Geld gestohlen. Der That dringend verdächtig wurden gestern die Arbeiter Robert W. und G. verhaftet. In der Nähe der Wohnung der Diebe wurde dann auch im Schneie versteckt ein Theil der gestohlenen Waren gefunden.

* [Diebstähle.] Bei Gelegenheit einer Haussuchung bei dem vielfach, zuletzt mit 4 Jahren Brüthaus bestraften Arbeiter Dr. Witt. Mathe wurden eine Anzahl gestohlener Gegenstände (50 Pf. Harsleiste und 1 Mille Cigarren) gefunden, welche am 23. d. aus einem Hause auf Pfefferstadt und am 4. d. von einem Schlitten entwendet worden sind. W. sowie seine Ehefrau wurden verhaftet.

* [Polizeibericht vom 25. Februar.] Verhaftet: 2 Frauen wegen Hehlerei, 1 Korbmacher, 1 Frau, 1 Seefahrer wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen großen Unfalls, 31 Dbdachse, 2 Bettler, 5 Dinen. — Geflüchtet: Ein rothes halbwollenes Kleid; 50 M.; 1 Paar Wasserschuh, 1 Paar leichte Stiefel, 1 Paar goldene Ohrringe. — Gefunden: 1 Schlüssel, abzuholen von der Polizei-Direction hier selbst.

Erling, 24. Februar. Aus dem Wahlverbande der Großgrundbesitzer wurden gestern zu Kreistagsabgeordneten gewählt die Herren Kaufmann Franz Claassen-Wichboden, Gutsbesitzer Otto Gessner-Gr. Röder, Gutsbesitzer Theodor Grube-Lüggenhöfen, Gutsbesitzer Eduard Bollerthun-Fürstenau, Gutsbesitzer Robert Bollerthun-Fürstenau, Stadtforstmeister Kunze-Bogelsang. (A. B.)

Lautenburg, 23. Februar. In vergangener Woche erhielt ein hiesiger Händler aus Thorn per Post einen Geldbrief über 1500 M. Als der Empfänger das Wertstift im Gegenwart von Zeugen öffnete, fanden sich darin nur 750 M. vor. Sofortige Recherchen führten zu der Annahme, daß der Brief von gefälschten Händen geöffnet und beraubt sein müsse. Tags darauf traf hier ein Postinspektor aus Danzig ein, welcher die nähere Untersuchung auf den ganzen von dem betr. Briefe berührten Strecke veranlaßte.

* Kulin, 24. Februar. Wie bekannt, ist in unserem Kreise häufig ein neues evangelisches Kirchspiel, Börries-Treibis, eingerichtet worden, das aber bis jetzt noch einer Kirche entbehrt. Der Gottesdienst muß daher in einem sehr dürtigen Rothofiale abgehalten werden. Pfarrer Brügel in Kulin, welcher in der neuen Gemeinde pastoriert, veröffentlicht einen Aufruf um Unterstützung zum Kirchenbau, in welchem er sagt: Der Bauplatz zur Kirche ist uns geschenkt worden, ebenso haben sich die Gemeindemitglieder verpflichtet, Spann- und Handlangerdienste umsonst zu leisten. So wird es uns möglich, die Kirche mit etwa 20000 M. herzustellen. Da werden wir uns in unserer Not an die evangelischen Gläubigen genossen und bitten um Liebesgaben.

* Wie schon berichtet ist, soll die Fertigstellung des neuen Artillerie-Schießplatzes zu Hammerstein II. für seine militärischen Zwecke in Benutzung nehmen zu können. Insbesondere wird mit Beginn des Frühjahrs die Herstellung der Hochbauten, die insgesamt auf 1071984 M. veranschlagt sind, in Angriff genommen werden und es ist auf Bergung verordnet, auf den 13. März Submissionsstermin anberaumt worden. Der Bau wird sich erstrecken auf 4 Offiziersbaracken, 1 Offizier-Speiseanstalt, 5 Mannschaftsbaracken, 5 Mannschaftsläden, 7 Werkstätten.

a. Königsberg, 24. Februar. Unsere Stadtverordnetenversammlung hat gestern einen Besluß gefasst, welcher in vielen Kreisen unserer Provinz mit

Freunden begrüßt werden wird. Sie hat nämlich zu einer Vorlage des Magistrats ihre Zustimmung gegeben, nach welcher die Stadt zum Bau der Bahn Königsberg-Labian das erforderliche Terrain, soweit es in ihrem Bereich liegt, hergibt und außerdem dem Kreis zu dem Anfang von Terrain z. innerhalb seiner Grenzen eine Hilfe von 30000 M. bewilligt. Sobald der Bau wirklich in Angriff genommen wird. Damit sind die Hauptchwierigkeiten, welche dem Bau von diesen Kreisen eifrig erreichbaren Bahn entgegenstanden, glücklich beseitigt, denn was nun noch an Kostenbelägen fehlt, wird wohl ohne viel Schwierigkeiten durch den Provinzial-Landtag bewilligt werden. Es ist also Aussicht vorhanden, daß die Bahn noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden wird.

Die Vorlesung derselben über Labian hinaus bis Tilsit wird dann auch nicht mehr lange auf sich warten lassen und dadurch die fruchtbare Memeliederung mit Königsberg in direkte Verbindung gebracht werden. — In derselben Sitzung erstattete unser Stadtkämmerer Bericht über die Verwaltung der Stadt im Jahre 1885/86, aus dem wir entnehmen, daß der Reitervorstand eine Höhe von 304097 M. erreicht hat, und daß ein günstiger Gesamtabschluß für das bezeichnete Jahr zu erwarten steht, wenigstens glaube man im Rechnungsabschluß die Balance herstellen zu können. Wie der Bericht besagt, verlangt die Polizei in Bezug auf die Strafenstraffung mehr, als die Stadt zu leisten im Stande sei. Wollte sie allen jenen Anforderungen genügen, so müßte sie statt der bisherigen 220 in Zukunft 253 % Zuschlag zur Staatsaufwendung erheben. Die Kommunalsteuer im verflossenen Jahre belastet sich auf 1605000 M. Die vielfach erreichte Freilassung der zwei untersten Pfostensteuer-Stufen von der Kommunalsteuer würde nach den Ausführungen des Berichterstatters einen ganz bedeutenden Aufschwung bringen, denn es fielen alsdann nicht weniger als 20750 Tanten fort und nur 11061, also ½, blieben übrig, von welchen ein bedeutend erhöhter Zuschlag erhoben werden müßte.

Auf der Wert des hiesigen Schiffbaumeisters Fechter werden gegenwärtig für Berlin vier Dampfer erbaut. Die Maschinen zu den Dampfern sind bei einer Fabrik in Berlin bestellt und sollen auch erst dort eingefestet werden. (R. B.)

Insterburg, 24. Februar. Als der Gondelführer Courierzug gestern auf der Fahrt nach Insterburg füllte, merkten die Passagiere im vordersten Wagen ein mächtiges Rucken an den Rädern. Einer der Reisenden hatte Geistesgegenwart genug, die Luftbremsen sofort in Funktion zu setzen, und der Zug stand sehr bald still. Es stellte sich heraus, daß der vorletzte Wagen in Folge eines Reifenbruchs bereits entgleist war. Nach einem Aufenthalt von 15 Minuten legte der Zug unter Zurücklassung der beiden letzten Wagen die Fahrt fort. (Frit. B.)

Stallspuren, 19. Februar. In der gestrigen Sitzung der hiesigen Strafammer wurde der Gutsbesitzer Bräuer-Esser zu einer vierzehntägigen Gefängnisstrafe wegen Wahlfälschung verurteilt. Derselbe hat in seiner Eigenschaft als Gutsbesitzer einige seiner Dienstleute in die Reichstagwahllisten des Jahres 1884 aufgenommen, welche noch nicht das wahlfähige Alter belaufen, während er kurz vorher das Alter dieser Personen in den Militär-Stammlisten richtig als ein geringeres befcheinigt hatte.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 24. Februar. Im königl. Opernhaus werden demnächst die Herren Schindel vom Stadt-Theater in Reichenberg und Düssel vom Stadttheater in Barmen auf Engagement gastieren, um die durch den Fortgang des Herrn Fricke entstandene Lücke möglicher Weise auszufüllen.

* Durch den vorgestern erfolgten Tod des Stadtraths Löwe hat die Stadtverwaltung Berlins eines ihrer wichtigsten Mitglieder im Ehrenamt verloren. Stadtrath Löwe bekleidete die Stelle eines unbefolbten Stadtraths wohl schon seit 20 Jahren. Er hat sich insbesondere um die Verwaltung des Beliebtheitwesens verdient gemacht. Er starb an den Folgen eines langwierigen organischen Leidens, welches durch eine vorgestern vorgenommene Operation nicht gehoben werden konnte.

* Prof. Dr. Schlemaul ist in Berlin aus Athen angekommen und im Hotel Kaiserhof abgestiegen.

* In Dortmund wird vom 15. bis 17. April d. J. der Abgeordnetentag des allgemeinen deutschen Realischulmännervereins stattfinden.

Guben, 22. Februar. Im nahen Dorfe Denlowitz hat heute ein Mädchen den eigenen Vater erstickt. So viel über die That verlautet, hatte die Thäterin von dem Vater Manches zu leiden, zumal da sie selbst kränklich und wohl nicht ganz einkommungsfähig war. So soll sie schon öfters gefärbt haben, daß sie den Vater töten werde, und es hat bei ihrer Reigung zu Färbzorn an lauten Aufrütteln aufgetreten. — Es geht. Sie ist in das hiesige Gefängnis abgeliefert und die Untersuchung wird feststellen, wie weit Unzurechnungsfähigkeit mit im Spiele ist.

* Wie der "Pol. Corresp." aus Athen mit der letzten Post geschrieben wird, ist die ganze Stadt, insbesondere aber die archäologischen Kreise, in großer Aufregung über die jene außerordentlich wichtigen (bereits telegraphisch erwähnten) Funde, welche die Ausgrabungen auf der Akropolis, in der letzten Zeit zu Tage gefördert haben. Eine Reihe von Inschriften, Säulen und meist weiblichen Götterstatuen von ausgewiesener Schönheit, bemalt und fast alle wohl erhalten, wurde am südöstlichen Theile des Erechtheions in einer Tiefe von 2 Meter unter der Oberfläche aufgefunden. Die Archäologen sind der Meinung, daß noch viele derartige Funde erfolgen dürfen und schließen dies aus der Stellung der gefundenen Statuen, die darauf hindeuteten, daß dieselben absichtlich und mit Vorsicht hingelegt und überdeckt worden sind. Man glaubt, daß dies zur Zeit der persischen Kriege, also lange vor Phidias geschehen sei.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 25. Februar. (Private Telegramm.) Die Commission des Herrenhauses für die kirchenpolitische Vorlage besteht aus den Herrenhauptsmitgliedern Adams, Beseler, Graf Brühl, Dernburg, Fürst Hatzfeld-Trachenberg, Fürst Isenburg-Birstein, v. Kleist-Retzow, Bischof Kopp, Graf Lippe, v. Manteuffel-Kroonen, Meyer, Miquel, Olschläger, Ostermeyer, v. Pühl, Graf Pückler-Schedlin, Kochow, v. Schöning, v. Solemacher und Graf Udo Stolberg. Vorsitzender ist Graf Lippe, Referent Oberbürgermeister Adams. Die Verathung beginnt Mittwoch nächster Woche.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Z. Berlin, den 25. Februar.

Ora. v. 24. Ora. v. 24.

Weizen, gelb 4% zus. Anl. 80 86,80 87,00

April-Mai 155,70 155,20 210,50 209,50

Sept.-Okt. 166,00 165,50 416,50 416,00

Roggen 4% do. 138,50 137,70 494,50 497,00

April-Mai 141,70 141,20 201,30 201,70

Petroleumpr. 200 g 84,25 84,00

Februar 23,90 23,90 200,95 201,35

Rüböl 44,40 44,10 200,80 201,25

Sept.-Okt. 146,00 145,80 20,40 20,39

Spiritu 38,30 38,30 68,25 68,30

April-Mai 33,50 33,60 161,90 161,85

105,50 105,20 138,00 138,90

4% Consols 98,70 98,60 104,70 102,50

101,50 101,50 113,70 113,20

95,60 95,60 56,20 57,10

84,20 84,20 19,70 19,60

62,70 62,80 94,75 94,50

Novesta Kasse 99,40. Danziger Städteanleihe —.

Fondsbörse: schwach.

Danziger Börse.

Amtliche Notierungen am 25. Februar.

Weizen loco höher, 70 Tonne von 1000 Kilogr.

seingeschlag u. weiß 126—133 138—160 A.Br. hochbunt 128—133 138—160 A.Br. bellbunt 120—129 125—152 M.Br. 118—159 bunt 120—129 122—150 M.Br. M. bez. rot 120—130 130—155 M.Br. ordinaire 105—128 100—140 M.Br. Regulierungspreis 126,80 bunt lieferbar 135 M. Auf Lieferung 126,80 bunt 124½ M. bez. für Mai-Juni 138½ M. bez. für Juni-Juli 141 M. bez. für Sept.-Oktober 145 M. bez.

Roggen loco höher, 70 Tonne von 1000 Kilogr.

großkönig 120/8 118—121 M. transit 97—98 M.

Regulierungspreis 120/8 lieferbar inländischer 121 M.

unterpoln. 98 M. transit 97 M.

Auf Lieferung 124 M. bez. für Mai-Juni 134½ M.

do. 124 M. bez. für unterpoln. 100 M. bez.

Gefüse 70 Tonne von 1000 Kilogr. große 108/102 119

bis 124 M. bez. für unterpoln. 100 M. bez.

Gräben 70 Tonne von 1000 Kilogr. weiße Koch 130 M.

Kutter transit 108 M.

Weizen loco von 1000 Kilogr. inländ. 124 M.

Häfer 70 Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 116 M.

Kleefsaat 70 100 Kilogr. rot 84 M.

Spiritus 70 Tonne von 1000 Kilogr. 84 M.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage — gemacht. Amsterdam 8 Tage — gem. 4%

Wien 8

Freie religiöse Gemeinde.
Freitag, den 26. Februar, 7½ Uhr
Abends, Gemeindeversammlung im
unteren Saale des Gewerbehause.
Mitteilungen des Vorstandes. Fort-
setzung der Diskussion aus der letzten
Versammlung und über die Verhand-
lungen der letzten Bundeversammlung.

Durch die Geburt eines Sohnes
wurden hoch erfreut
Eugen Schmidt
8509) und Frau, geb. Wolter.
Danzig, den 24. Februar 1886.

Heute früh 12½ Uhr wurden wir
durch die Geburt eines munteren
Mädchen erfreut. (8495)

M. Niess

und Frau, geb. Schroeter.
Damerauerfeld, d. 24. Febr. 1886.

Die Verlobung unserer Tochter
Clara mit dem Kaufmann

Herrn Bernhard Kłanowksi zeigen
wir hiermit ergeben an.

Joh. Bandt und Frau,

geb. Spindig.

Neukirch, per Palschau,

den 24. Februar 1886.

Clara Bandt,
Bernhard Kłanowksi,
Verlobte. (8496)

Neukirch. Marienwerder.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen 7½ Uhr ver-
starb nach längerem Leiden unser
lieber Sohn und Bruder, der
Schlossermeister

Paul Skibbe

im Alter von 27½ Jahren.
Dieses zeigen um stille Theil-
nahme bittend an. (8536)

Die hinterbliebenen Eltern
und Brüder.

Danzig, den 17. Februar 1886.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 7 Uhr verschied nach
langem, schwerem Leiden mein ge-
liebter Mann, unser treuer Vater,
der Rechnungsrat, Ober-Post-Com-
missarius a. D.

Eduard Kretschmer.

Die trauernden hinterbliebenen.
Danzig, den 25. Februar 1886.

General-Versammlung
der Kranken- u. Begräbniskasse (ein-
geschr. Hilfsk.) des Gewerbevereins der

deutschen Fabrik- und Handarbeiter
Sonntag, den 28. Febr., Nachm. 5 U.
bei Herrn Kemski, Strandgasse 1 (im
Frisch's). Tagesordnung, Vorstands-
Protokoll, Kassenbericht, Geschäftliches.

Aufnahme neuer Mitglieder.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand. (8532)

An unserer Schule ist die Stelle des

Lehrers

für Buchführung und Comtoir-
Wissenschaften

worin wöchentlich 6 Stunden zu er-
beiten sind, zu Ostern d. J. zu be-
setzen. Geeignete Bewerber wollen

ihre schriftlichen Meldungen bis zum
10. f. Mts. bei unserem Schriftführer,
Herrn Gustav Davidsohn, Hunde-
gasse 111, einreichen.

Danzig, den 25. Februar 1886.

Das Curatorium der Gewerbe- und
Handelschule für Frauen und

Mädchen. (8543)

Hagemann, Davidsohn, Gibson,
Neumann, Sack.

Berlagsbuchhandlung
von A. W. Käfemann in Danzig.

Soeben erschien und ist durch alle
Buchhandlungen zu beziehen:

Sollen wir weiter Hopfen bauen?

Unter welchen Verhältnissen und auf
welche Weise ist die Rentabilität des
Hopfenbaues auch bei ungünstiger
Conjunctur zu sichern, nebst Kosten-
Antrag und Rentabilitäts-Berechnung
einer Hopfen-Anlage von 5 preuß.
Morgen.

Vortrag des Gutsbesitzers Julius
Demmer-Marienbör in landwirt-
schaftlichen Verein A zu Neumark in
Westpr. am 8. Dezember 1885.

Preis 50 S.; bei Einsendung des
Betrages in Briefmarken erfolgt Franco-
Büro.

Am 15. März 1886 erscheint:

Ebhart's
Moden-Album,

Heft 15, Frühjahr-Moden 1886.
Mit zahlreichen Stahlstichen, Schnitt-
mustern, Beilagen u. 2 M.

Bestellungen hierauf nimmt ent-
gegen A. Troxen, Peterliengasse 6.

Siedentop's Nachfolger
Bahnarzt Peters.

Langgasse 28.

Violinunterricht.

Gediegene Violinunterricht erhält
an Anfänger wie auch an geübtere
Spieler bis zur Virtuosität, wie auch
im Zusammenspiel der Sonate (Vi-
oline und Piano) Trio u. s. w.

Friedrich Laade,
Heil. Geistgasse 45, 1 Trepp.

Buchführung.

Der neue Carlo in sämtlichen
Comtoir-Wissenschaften
incl. Schönschreiben und Kaufmänn.
Rechnen beginnt

Montag, d. 1. März

für Herren und Damen in getrennten

Cirks. (8323)

Anmeldungen erbittet rechtzeitig

Moritz Brülls, Breitgasse 120.

Unterricht in eins. u. italien.

Wedselkunde und im Rechnen erhält

H. Hertell, Frauengasse 48,

2 Tr.

Marienburger Geld-Lotterie 3,00 M.
Sünderheimsche Zoppot 1,00 M.
Ulmer Münsterbau-Voße 3,50 M.
Marien-Bierdeltz.-Voße 3,00 M.
Gässler Bierdeltz.-Voße 3,00 M.
Königsb. Bierdeltz.-Voße 3,00 M.

Zu haben in der

Expedition der Danziger Zeitung.

Loose der Zoppoter Kinder-

Heilstätten-Lotterie a 1 M.

Loose d. Marienburger Pferde-

Lotterie a M. 3.

Loose d. Königsberger Pferde-

Lotterie a M. 3.

Loose der Casseler Pferde-

Lotterie a M. 3.

Loose der Marienburger Geld-

Lotterie a M. 3.

Loose der Ulmer Münsterbau-

Lotterie a M. 3,50 bei

Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Zum Trinken und zu Bädern

empfiehlt

Natürliche

Mineralbrunnen

Brummenfalte, Pastillen,

Badesalze, Bademoor,

Mutterlaugen,

Quellsalzseifen

u. c.

garantiert echt und zu den billigsten

Engros-Preisen. (8546)

Hermann Lietzau,

Apotheke und Medicinal-Drogerie,

Holzmarkt 1.

Thee's

in allen gangbaren Sorten erhält
neue Ausfindung und empfiehlt die-
selben in bekannter Güte zu billigsten

Preisen.

Vanille

aromatisch-kräutige prima Bourbon, in

großer Auswahl und sehr billig.

Vanille-Pulver

aus echter Vanille, vereinigt

Vanille-Essenz

Sparsamkeit und

Vanille-Gesundheit.

Hermann Lietzau's

Apotheke und Medicinal-

Drogen-Handlung,

Holzmarkt No. 1.

Frische

Pommerauzen

empfiehlt (8499)

A. W. Prahl,

Breitgasse 17.

Läßt täglich frisch geräucherte

Ostsee-Sprotten,

a Pr. 20 S. 3 Pr. 50 S. in Röhren

a 70 u. 75 S. in der Heringhandl.

Tobiasgasse u. Fischmarkt-Gasse 12 bei

8512 H. Cohn.

Auch nach außerhalb gegen Nachn.

Bei Partienabnahme bedeut. billiger.

Ostsee-Sprotten,

tägl. frisch in fl. Kästen empf. billigst

Alexander Heilmann & Co.,

8540 Scheibenrittergasse 9.

Herrn Gustav Davidsohn, Hundegasse

111, einreichen.

Danzig, den 25. Februar 1886.

Das Curatorium der Gewerbe- und

Handelschule für Frauen und

Mädchen. (8543)

Hagemann, Davidsohn, Gibson,

Neumann, Sack.

Den geehrten Damen die ergebene

Anzeige, daß ich das Fräsern nach

der neuesten Mode in Berlin er-
lernt habe und empfehle mich zum

täglichen Abonnement, sowie bei vor-
kommenden Festlichkeiten zum Fräsern

in und außer dem Hause. (8529)

Wittwe M. Graf,

Heil. Geistgasse 45, 1 Trepp.

Strohhüte

zum Waschen und

Modernisiren

wie

Federn

zum Färben u. Kräuseln

bitte der rechtzeitigen Rück-
lieferung wegen, mir baldigst

zu übergeben.

S. Abramowsky Nachf.

Max Schönfeld,

Langgasse 66.

Den geehrten Damen die ergebene

Anzeige, daß ich das Fräsern nach

der neuesten Mode in Berlin er-
lernt habe und empfehle mich zum

täglichen Abonnement, sowie bei vor-
kommenden Festlichkeiten zum Fräsern

in und außer dem Hause. (8529)

Wittwe M. Graf,

Heil. Geistgasse 45, 1 Trepp.

Kaisersbräu

der Danziger Altstädter-Brauerei, sehr

schoenes dunkles kräftiges Bier,

20 Flaschen 3 M. empfiehlt

(8477)

Rud. Barendt,

Langemarkt 21.

Gigarren-Bersteller gesucht.

Für

Beklage zu Nr. 15715 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 25. Februar 1886.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Minister v. Gobler: Wir als Regierung können ja Sympathie und Wohlwollen oder, wie der Vorredner sagte, Rührung nicht walten lassen, denn die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß diese „Rührung“, mit welcher die polnischen Bestrebungen in den vierziger und sechziger Jahren begleitet wurden, dem preußischen Staat viel Blut und Geld gekostet hat. Den Einwand, daß diese Vorlagen mit einer gewissen elementaren Plötzlichkeit gekommen seien, muß ich abweisen. Im Anfang der siebziger Jahre sind wir wieder zu einem System zurückgekehrt, das bis 1842 vortheilhaft gewirkt hatte. Jetzt nach 1½ Jahrzehnten können wir uns wohl Rechenschaft geben, wie die 1872 für die Schulverwaltung aufgestellten Grundsätze gewirkt haben. 1872 kamen Klagen der polnischen Beamten an die Landesvertretung, daß ihre Kinder gewaltsam polonisiert würden. Aus den Kreisen selbst kamen Nachrichten, die auf ganz unglaubliche Zustände in Posen schließen ließen. Wiederholt wurde ausgesprochen, daß wir in Bezug auf die Verbreitung der deutschen Sprache 1842 viel weiter gewesen seien. Es wurde deshalb unter Mitwirkung von Privatpersonen eine Revision des Schulweisens vorgenommen, und es ergab sich, daß die Schulen übersüßt, die Schulgebäude unzulänglich und ein Mangel an Lehrern vorhanden sei. Der Schulbesuch fand unregelmäßig statt. Erstter war noch, daß eine große Anzahl von Lehrern und Schulinspektoren geistlichen Standes der deutschen Sprache nicht mächtig war. Die Folge war, daß deutsche Kinder aus rein deutschen Eltern polonisiert wurden. Diese Erfahrungen führten zu der Verordnung von 1872/73, die zwar von der Schulverwaltung erlassen, aber vom Ministerium festgestellt war. Dieselbe bestimmte, daß die deutsche Sprache die Unterrichtssprache sein sollte. Wenn Dr. Birchow auf die Kassuben hingewiesen und gemeint hat, daß hier die Bevölkerung durch einen natürlichen Prozeß germanisiert sei, so muß ich dem widersprechen. Die Kassuben hatten mit den Nationalpolen nichts gemein, im Gegenteil, sie sonderten sich bewußt von ihnen ab. Hier ist aber in den letzten Jahrzehnten ein Rückgang eingetreten. In bewußter Weise werden jetzt von Pelpinius die Kassuben polonisiert. In vier kassubischen Kreisen ist das polnische Element durch die Bemühungen in Schule und Kirche erheblich angewachsen. Welche Erfahrungen haben wir nun mit der Verordnung von 1872/73 gemacht? Es ist gelungen, den Lehrermangel zu beheben. In den 15 Jahren, die seit dem Erlass derselben verflossen, hat sich die Zahl der Seminaristen verdoppelt. Die Erlernung der deutschen Sprache wird durch Remunerationen befördert und man hat Gewicht darauf gelegt, die deutschen Katholiken da zu schützen, wo sie in der Minorität sind. Fragen Sie, ob das Erstreite erreicht ist, so muß ich mit „nein“ antworten. Über die Frage, ob wir auf dem richtigen Wege sind, beantworte ich mit „ja“. Auch die Statistik über die Analphabeten ist von Werth. Die Ziffern ergeben, daß in den letzten Jahren die Zahl der Neutren, welche nicht deutsch sprechen können, abgenommen hat. Das sind nicht die Folgen der Methode. Deutlich in anderen Bezirken, wo wir mit linguistischen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, in Masuren und Litauen, hat die Zahl der Analphabeten genommen. Sie betrug im Gumbinner Bezirk 1884/85 3,88 p.C. gegen 6,81 p.C. im Vorjahr. In Posen und

Westpreußen machen wir die Erfahrung, daß Kinder, welche zwei Jahre aus der Schule entlassen sind, wenn sie vor Gericht erscheinen, einen Dolmetscher verlangen, weil sie der deutschen Sprache nicht mächtig seien, obgleich feststeht, daß sie während ihrer Schulzeit in deutscher Schrift und Sprache sich vollständig correct ausdrücken vermochten. Ein Kreisschulinspektor erlebte es als Schöffe, daß ein Kind, von dem er selbst wußte, daß es fertig deutsch sprach, bei der Vernehmung leugnete, sich deutsch ausdrücken zu können. Zunächst müssen wir daran feststellen, daß die Lehrer alle der deutschen Sprache mächtig sind. Das sollte schon jetzt der Fall sein, aber wir haben in Gnesen die Erfahrung gemacht, daß insbesondere jüngere Lehrer der deutschen Sprache nicht vollständig mächtig waren. Ich habe deshalb die Verfügung erlassen, daß in die Präparandenanstalten solche Aspiranten nicht aufgenommen werden sollen, welche in Bezug auf deutsche Sprache nicht das Ziel erreicht haben, welches der Volksschule gesetzt ist. Nun gab die Agitation polnischen Eltern bestimmte Anweisungen, wie sie sich in Bezug auf Erziehung ihrer Kinder zu verhalten hätten; sie sollten im Hause die deutsche Sprache meiden, deutsche Bücher entfernen, den Kindern Umgang mit Deutschen verbieten, die Benutzung deutscher Bibliotheken unterlassen, auch religiöse Bilder entfernen, wenn sie mit deutschen Unterschriften versehen wären. Früher wurde in Posen das Weihnachtsfest mit Christbaum gefeiert. Die polnische Agitation wirkte ferner darauf hin, daß die Gemeinden nur eifrige Polen als Lehrer anstellten, und legte auch den Gutsbesitzern ans Herz, die Lehrer an sich heranzuziehen, um sie im Verkehr für die polnische Sache zu gewinnen. Es ist bereits erwähnt worden, daß von polnischer Seite direct die Anweisung an die Lehrer gegeben worden ist, das Deutsche nur mechanisch zu lehren. Fürst Sulkowski machte den Lehrern direct einen Vorwurf daraus, daß sie zu sehr für die Verbreitung der deutschen Sprache einträten. In den polnischen Zeitungen wurden die Namen der Lehrer genannt, welche sich der Belebung nicht fügten. Dass diese Bemühungen auch zu Confliecen führten, ist natürlich. Im kassubischen Kreise Neustadt zerrissen Eltern die deutschen Lehrmittel ihrer Kinder. Im Stargarder Kreise züchtigte ein Organist seine Kinder, wenn sie zu Hause Deutsch lernten. Schulversäumnis wurde in der Presse vertheidigt. Im Kreise Neustadt äußerte sich ein Schuldorstand: der deutsche Lehrer sei ein Hundebloß, und wer Deutsch lerne, auch. Alles das ist amtlich constatirt worden. Dabei wurde ein ungeheuerer Druck auf die Lehrer ausgeübt, um sie zu veranlassen, ihre Pflicht zu vernachlässigen. Wir haben die schmerliche Erfahrung, daß Lehrer, die als Deutsche aus dem Seminar entlassen wurden, sich bald in das Gegentheil verwandelten. Im Interesse des Dienstes ist es daher geboten, daß uns die Macht gegeben werde, solche Lehrer zu versetzen, wohin es uns beliebt. In der Anstellung der Lehrer ohne Mitwirkung der Gemeinden kann ich nichts zuvorbitantes finden, wie Dr. Birchom sich ausgedrückt hat. Unsere Verfassung sagt, daß der Staat die Lehrer anstellt, und daß über die Mitwirkung der Gemeinden das Nähere noch festgestellt werden soll. Der Zweck der Vorlage ist nicht zu theilen, wie hier gesagt ist, sie soll vielmehr sammeln; sie bedeutet keinen Rückschritt, sondern einen Fortschritt. Es ist gesagt, daß dieselbe der Verfassung widerspreche, und man hat sich auf Rücksicht bezogen. Ich behaupte, daß

eine communis opinio über Art. 24, 26, und 112 der Verfassung nicht besteht, und darum ist auch die Befreiung auf die Auffassung eines Commentators ohne Beweiskraft. Wir haben die gemeinsame Wehrpflicht, die gemeinsame Schulpflicht und die gemeinsame politische Vertretung, umso mehr haben wir die Pflicht, auch der polnischen Bevölkerung die Wege zu ebnen, die zur deutschen Cultur führen. (Beifall rechts.)

Abg. Gneist (nat.-lib.): Meine politischen Freunde sind prinzipiell mit der Vorlage einverstanden, halten aber eine Ergänzung derselben für notwendig. Ein erweitertes Vocationsrecht des Staates wird für die Lehrer auch eine erweiterte Besoldung zur Folge haben müssen. Die Guts- und Polizeigerichtsharkeit hat nun aber längst aufgehört und damit auch die Verpflichtung zur Zahlung der Schullaften. Die öffentliche Verpflichtung konnte aber nicht wegfallen, so lange der Staat nicht als Substitut eintrat. Auf die Ernennung der Lehrer kann der Staat im Prinzip nicht verzichten, aber es liegt kein Grund vor, denjenigen Verbänden das Lehrerberufungsrecht zu entziehen, welche hierzu keinen Grund gegeben haben. Ich möchte Sie bitten, diese Vorlage einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Gerlach (cons.): Ich spreche nur in meinem eigenen Namen. Ich will mit dem Minister v. Puttkamer keinen Ausrottungskrieg gegen die Polen, darunter verstehe ich: keine gewaltsame Expropriation; ich will mit ihm eine positive Zurückdrängung der Agitation, durch welche die Polen uns entfremdet werden. Ich freue mich als Deutscher, wenn deutsche Kraft und deutsches Wesen Fortschritte macht gegen die Polen, aber nur mit Hilfe legitimer Mittel. Ich halte es nicht für weise, Mittel anzuwenden, welche den entgegengesetzten Zweck erreichen, so die Verminderung des fiscalischen Grund und Bodens in Posen und Westpreußen. (Abg. Wehr: Zur Sache!) Es ist Sache des Hrn. Präsidenten, mich zur Sache zu rufen. Mit Recht hebt die Stadt Thorn in einer Petition hervor, wie viel sie für ihre Schulen bisher geihan, und wie sie in ihrem Kampf gegen das Polenthum und in ihrer Treue gegen König und Vaterland hinter keiner anderen Stadt zurückgegangen ist. Ganz dasselbe gilt auch von den Gutsherren. Ist es billig, daß ein Gutsherr, der vor zwei Jahren im Interesse der Germanisierung eine Schule gegründet hat, nun nicht mehr seine Lehrer berufen darf. Ich habe selbst eine solche Schule gegründet. Ist es weiter gerecht, daß Lehrer, die als Deutsche aus dem Seminar entlassen wurden, sich bald in das Gegentheil verwandelten. Im Interesse des Dienstes ist es daher geboten, daß uns die Macht gegeben werde, solche Lehrer zu versetzen, wohin es uns beliebt. In der Anstellung der Lehrer ohne Mitwirkung der Gemeinden kann ich nichts zuvorbitantes finden, wie Dr. Birchom sich ausgedrückt hat. Unsere Verfassung sagt, daß der Staat die Lehrer anstellt, und daß über die Mitwirkung der Gemeinden das Nähere noch festgestellt werden soll. Der Zweck der Vorlage ist nicht zu theilen, wie hier gesagt ist, sie soll vielmehr sammeln; sie bedeutet keinen Rückschritt, sondern einen Fortschritt. Es ist gesagt, daß dieselbe der Verfassung widerspreche, und man hat sich auf Rücksicht bezogen. Ich behaupte, daß

politische Gesichtspunkte mitsprechen; die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Einzelbestimmungen müsse aber sorgfältiger commissarischer Prüfung unterworfen werden.

Hierauf wird die Fortsetzung der Berathung vertagt.
Nächste Sitzung: Donnerstag.

Reichstag.

53. Sitzung vom 24. Februar.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme der Cellulosefabriken in das Verzeichniß der konzessionspflichtigen gewerblichen Anlagen.

Auf der Tages-Ordnung stehen zunächst die Anträge von Hellendorff und Auer, betreffend die Dauer der Legislaturperiode des Reichstags (5 resp. 2 Jahre).

Abg. Graf Ballenstrem (Centrum) beantragt mit Rücksicht darauf, daß mehrere seiner politischen Freunde durch die gleichzeitige Sitzung im preuß. Abgeordnetenhaus verhindert sind, sich an der Berathung über die obigen Anträge zu beteiligen, dieselben von der heutigen Tages-Ordnung abzuziehen.

Abg. v. Hellendorff (conf.) widerspricht diesem Antrage, den Abg. Bamberger befürwortet. Bei der Abstimmung über denselben (73 ja, 74 nein) stellt sich die Beschlussfähigkeit des Hauses heraus.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

17. Vereinstag des deutschen nautischen Vereins,

(Spezialbericht der Danz. Btg.)

-n-Berlin, 24. Februar.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung wird die interessante Erfindung des Capitän Jeph (Königsberg) vorgeführt, bestehend in einer Nebeluhr, d. h. einem Apparat, der den wachhabenden Mann an Bord an die Notwendigkeit erinnert, bei dictem Wetter in den richtigen Intervallen die Nebelsignale zu geben. Der Erfinder hat seinen Apparat so konstruit, daß schon in Zwischenräumen von je einer Minute das Läutwerk den Mann an der Glocke oder am Nebelhorn an seine Pflicht erinnert. Bei der großen Geschwindigkeit, mit welcher heutzutage die meisten großen Dampfer selbst bei dictem Wetter drauflosfahren, ist der Intervall von je einer Minute als das richtige Zeitmaß zu bezeichnen. Die Erfindung findet den allseitigen Beifall der Versammlung.

Hierauf wird von dem Vertreter des Barther Vereins folgender Antrag eingebracht und sofort zur Berathung gestellt:

Da in den deutschen Navigationsschulen seit Oktober 1885 ein medizinisch-chirurgischer Lehrkursus eingeführt worden ist, welchem die Schifferchüler mit beiwohnen, so wolle der deutsche nautische Verein bei der Reichsregierung dahin wirken, diesen für die Seeschiffahrt so lehrreichen Kursus auch den Schülern, welche im Winter zu Hause sind, sowie den Steuerleuten, welche ihr Schifferexamen gemacht haben, kostenfrei nach bisheriger Anmeldung zukommen zu lassen.

Nach einer kurzen Begründung durch den Capitän Steinort wird dieser Antrag einstimmig zum Beschlus erhoben.

Die Versammlung tritt hierauf in die Berathung der schon auf frühere Vereinstagen wiederholt besprochenen Frage der Absaffung des Conossements-Formulars. Der Verein der Hamburger Reederei hat zu dieser Frage den Entwurf eines Muster-Conossements vorgelegt, der aber nicht als Grundlage der

